

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1894**

81 (8.4.1894) III. Blatt

**Ausgabe**  
Wöchentlich zwölf mal.  
Abonnementpreis:  
Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch eine Agenten-  
tur bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 2  
Mark 80 Pf., durch die Post  
ohne Zustellgebühr 2 Mark  
50 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

**Anzeigengebühr:**  
Die halbjährige Kolonelle  
oder deren Raum 20 Pf.,  
im Restamententeile 40 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Anbenutzte geliebene Ein-  
stellungen werden nicht aufbe-  
wahrt und können nachträg-  
liche Donator-Ansprüche  
Berücksichtigung finden.

Mr. 81. III. Blatt.

Karlsruhe, Sonntag, den 8. April.

1894.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. April.

15. öffentliche Sitzung der 1. Kammer.  
Am Regierungstische: Ministerpräsident Geh. Rath Eisenlohr  
und Kommissäre.

Der Präsident, S. Gr. S. Prinz Wilhelm von Baden, eröffnet  
die Sitzung mit Verlesung des Entschuldigungscheins des Freiherrn  
v. Goller und einer Mitteilung der 2. Kammer.

Es wird die Beratung über Titel 19 des Budgets fortgesetzt.

Freiherr Ferd. v. Bodman gibt seiner Freude über die Fürsorge  
der Regierung für die Landwirtschaft Ausdruck. Die Maßnahmen zu  
Gunsten der Landwirtschaft seien ein Zeichen der zunehmenden Not-  
lage derselben. Den russischen Handelsvertrag, der zwar ein Fortschritt  
sei, aber gleichwohl dem russischen Interesse in der Bevölkerung be-  
gegnet, erkläre er als eine politische und geschäftliche Notwendigkeit.  
Er sei eines der Kinder des österreichischen Vertrags. Die Industrie  
habe in dem österreichischen Vertrag, dem italienischen und in ganz besonderem  
Maße in dem russischen Vertrag Vortheile gefunden. Persönlich  
hat er sich von dem günstigen Verlauf des Vertrags auf die Industrie  
überzeugen können. Man dürfe eben nicht vergessen, daß nicht die Land-  
wirtschaft allein Anspruch auf staatliche Fürsorge habe. Auch andere  
Erwerbszweige seien zu berücksichtigen. Die den richtigen Ausgleich zu  
schaffen, sei Sache der Regierung. Was die Schutzzölle anbelange, so  
seien sie notwendig, um eine Ueberflutung mit Getreide und namentlich  
mit Brotfrüchten aus billiger produzierenden Ländern zu verhindern.  
Doch müsse dieser Zoll nur die Bedeutung eines Ausgleichs haben. Die  
Aufhebung der Kornzölle als eine nationale Schädigung zu bezeichnen,  
sei falsch. Sie seien auch nicht eingeführt worden zum Schutze der ein-  
heimischen Produktion, sondern zur handelspolitischen Unterwerfung  
Australiens. Dieser Staat sei denn auch zur Umkehr von seinem Ab-  
spruchssystem genötigt worden. Nedner hält den Zoll von 3 1/2 %  
für ausreichend. Die Preisbildung werde übrigens auch nicht allein  
durch die Zölle beeinflusst, sondern in viel höherem Grade von der  
Börseinflaktion und von den Verhältnissen. Gleichwohl nicht  
Bimetallisten, ist er doch der Meinung, daß Länder mit minderevangeliger  
Valuta mit ihren Produkten wettwerbend im Inlande wäreln wegen  
der Differenz des ausländischen Geldwertes auf dem einheimischen Markt  
und ferner heimathlichen Kaufkraft. Nedner ist der Meinung, daß zur Ver-  
einfachung des wirtschaftlichen Zustandes ein größerer Umlauf von Sil-  
bermünzen in den Einzelstaaten herbeigeführt werden müsse, um durch das  
erhöhte Nachfrage nach Silbermünzen zu steigern und die wirtschaftliche  
Verbindung durch minderevangelige Valutaverhältnisse des Auslandes zu  
verbessern. Er hält jedoch eine agitatorische Hineintragung dieser  
Fragen in ländliche Kreise für verwerflich. Bezüglich der Landwirt-  
schaftssysteme äußert er sich als ein Anhänger des intensiven Betriebes.  
Im Uebrigen erkläre er an, daß die Regierung den richtigen Weg be-  
schreite, wenn sie dem Landwirth durch Hebung seiner Intelligenz,  
durch gute Organisation des Versicherungswesens und Genossenschaftswesens  
und durch die glänzende Landeskultur zu Hilfe kommt. In dem Aus-  
gang des Halmfruchtbaues und dem Uebergang zum Krautbau sieht  
er die logisch notwendige Wende der Auslandskonkurrenz im Ge-  
treide und begründet sie in diesem Sinne. Jedoch ist er der Meinung,  
daß der Landwirthschaft durch bessere Unterweisung im Halmfruchtbau  
genützt werden könne. Bezüglich der Viehzucht äußert er sich an-  
erkennend über die Maßnahmen der Regierung zu deren Hebung. Als  
angängig für die Landwirthschaft betrachtet er u. A. auch das gegen-  
wärtige Besteuerungssystem für Tabak und die steuerliche Bedrohung  
des Weines. Hierbei fragt er an, wie weit der von dem verstorbenen  
Freiherrn v. Hornstein und Genossen angelegte Plan einer Winzer-  
genossenschaft gediehen sei. Nach einigen sachkundigen Äußerungen  
über die Wirkung der Verträge schließt er sich den gestrigen Äu-  
ßerungen des Freiherrn v. Goller über den Geldmangel an. Zum  
Schlusse spricht er der großh. Regierung nochmals den Dank für ihre  
Fürsorge aus, hebt jedoch seine Verwunderung darüber hervor, daß die  
staatlichen Einnahmen zur Hauptsache immer noch aus den landwirt-  
schaftlichen Betrieben und Industrieen gezogen werden. Er stellt ferner  
eine Anfrage über die Jörnleinschen Anträge und bittet zum Schluß  
die Regierung um Auskunft, ob sie sich nicht der Intention des Be-  
richts der ersten Kammer bezüglich einer besseren Ausdehnung des Per-  
sonalcredits anschließen könne.

Kommerzienrath Dillene schließt sich den vorausgegangenen Äu-  
ßerungen bezüglich des russischen Handelsvertrags an. Er glaubt,  
daß auch von der Silberwährung berührt werden, indem die indu-  
strielle Ausfuhr nach den Ländern mit minderevangeliger Valuta zurück-  
gehen wird. Wenn nun die Bimetallisten glauben, daß man demnach  
zur Doppelwährung übergehen müsse, weil angeblich die Golddecks  
zu kurz ist, so werden sie hierin durch die Thatsachen widerlegt. Gerade  
die Bimetallisten sind schuld, daß wir heute unter Währungschwierig-  
keiten leiden. Seiner Zeit, als man zur Goldwährung überging,  
konnte man das Silberwährungsgebel (die Thaler) zu verhältnismäßig  
billigen Preisen absetzen. Damals haben gerade die Bimetallisten  
dies verhindert und uns dadurch unseren heutigen Verlust gebracht  
und ferner die ideale Schwierigkeit der hindenden Währung geschaffen. Die  
englische Münzpolitik hält er für zweifelhaft, da dies Land anscheinend  
sich auf deutsche Kosten eine gestörte Position schaffen will. Würde man  
die Silberwährung einführen nach dem gegenwärtigen Silberwette,  
so würden wir unvortheilhaftes Münzen erhalten. Will man aber die  
Relation 1 : 15 1/2 zur Grundlage machen, so trägt man in das  
Münzwesen ein Element der inneren Unwahrheit hinein, das auf die  
Dauer nicht zu halten sein würde. Nedner schließt seine sachkundigen  
Äußerungen mit der Anregung, daß nur durch eine internationale  
Unterstützung über die Produktionsfähigkeit des Silbers die Ausfuhr  
des Silbers erkennbar sind, da nur der Umfang und das Größeverhältnis  
von Produktion und Nachfrage Aufschluß über den Charakter des  
Silbers geben können. Er bittet ferner die Regierung, dem Tabak-  
verein in Mannheim ihr Wohlwollen zu bewahren. Zum Schluß ver-  
theidigt er den Hirschhandel gegen die übertriebenen Vorwürfe.

Minister Eisenlohr dankt dem Herrn v. Bodman für seine  
freundliche Beurtheilung der regierungsseitigen Maßnahmen und sichert  
den Anregungen dieses sachkundigen Mannes Wohlwollen zu. Auf die  
Anfragen derselben über die Börse und die Währung kann er keine  
Auskunft geben, da die Initiative bei der Reichsregierung ruht. Im  
Uebrigen ist er mit dessen Tadel gegen die Verwendung dieser Fragen  
als Agitationsmittel in bäuerlichen Kreisen einverstanden. Zum Schluß  
gibt er Aufschluß über die Anfragen, die wohl noch besonders zu be-  
handeln sind.

Ministerialrath Reinhard theilt mit, daß es bis jetzt nur gelun-  
gen sei, in 2 Gemeinden Winzergenossenschaften zu bilden. Er erkennt  
den vortrefflichen Tendenz an, da diese den Landwirth von der Markt-  
flimmung unabhängig machen und ihn zur besseren Ausnutzung der  
Konjunkturen befähigen. Die Regierung wird den weiteren Ausbau der  
Anregung im Auge behalten. Er vertritt sich sodann über die Technik  
der landwirtschaftlichen Betriebe.

Freiherr Franz v. Bodman erklärt sich mit den Ausführungen des  
Herrn Ferdinand v. Bodman über den russischen Handelsvertrag ein-  
verstanden. Die landwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme hält er für  
abhängig von lokalen, klimatischen und ökonomischen Verhältnissen. Die

Viehhaltung hält er für zweckmäßig, wenn die Stückzahl in den Grenzen  
der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Bauern gehalten wird. Besor-  
gungsbefürchtend erscheinen ihm die Düngestellen. Nedner verteidigt  
das Aeußere des Abkommens der Regierung mit der Rheinischen  
Hypothekbank und nimmt eine freundliche Stellung zum Antrag  
Wiener ein.

Herr Ferdinand v. Bodman empfiehlt ebenfalls den Tabakverein  
dem Wohlwollen der Regierung und dankt der letzteren für ihre Aus-  
kunft. Auch er erkennt die Verdienste der Rheinischen Hypothekbank  
an. Er erhofft eine Belebung des landwirtschaftlichen Vereinswesens  
von der Auswertung eines Betrages für die Hebung desselben.

Auf eine Anfrage des Herrn Ferd. v. Bodman über die Aufnahme,  
welche die Rhein- und Rheineisenbahn gefunden, erwidert  
Der Regierungskommissar, daß diese erst demnachst in's  
Leben treten werden.

Auf die weitere Frage, inwiefern die Unternehmung gegen die Kleb-  
lausgefahr für dieses Jahr in Aussicht genommen ist, erwidert  
Der Kommissar, daß die Unternehmungen in diesem Jahre in  
besammligtem Tempo erfolgen. Ferner stellt er die Erwirkung gün-  
stiger Bedingungen für die Verpachtung des Rebbaus gegen Hugel-  
gefahr in Aussicht.

Geh. Hofrath Engler spricht der Regierung den Dank dafür aus,  
daß sie dem Internationalen Aluminium eine Stätte in Baden gewon-  
nen hat. Nach einer Reihe von technischen Fragen erkläre er die Frage  
des linksrheinischen Kanals für höchst wichtig und akut; er befürworte  
die Abminderung des Schiffverkehrs des Rheins. Die Ansicht,  
als ob dadurch die Eisenbahnen geschädigt würden, widerlegt er; auch  
die Schädigung des Rheins ist nicht zu befürchten. Zu beachten ist,  
daß eventuell das Recht einen linksrheinischen Kanal erstellt, oder daß  
Privatunternehmer dies in die Hand nehmen. Symptomatisch ist in  
dieser Beziehung die Billigkeit in den elsaßischen Landesausgaben. Die  
dotige Regierung scheint sich nicht ganz ablehnend gegen derartige  
Initiativen zu verhalten; Falls Elsaß-Votirungen sich zur Zinsgarantie  
des Anlagekapitals entzweit, wird sich aus, nach des Nedners Mei-  
nung, das Kapital finden. Nedner wartet vor einer dilatorischen Be-  
handlung der Frage der Schiffbarmachung des Rheins. Er hält diese  
für wichtig und zwar in einem beschränkten Maße, so daß Mannheim  
nicht geschädigt wird.

Kommerzienrath Dillene fragt an, ob sich die großh. Regierung  
nicht für eine Aufhebung des Befähigungsnachweises für die Schiff-  
erhaltung will. Ferner wendet er sich gegen die Anregung der Schiff-  
barmachung des Rheins. Er sieht darin eine Depositionierung Man-  
nheims von seiner Bedeutung als dominanter Endpunkt der Rhein-  
schifffahrt. Es würde auch eine Kapitalumschichtung aus Mannheim  
zur Folge haben. Die Gefahr der plötzlichen Eröffnung eines links-  
rheinischen Kanals läßt Nedner nicht gelten. Die Verweisung der Ge-  
fahr würde gelaßt durch einen Vertrag zwischen Bayern und  
Baden, keinem derartigen Kanalunternehmer Unterstellungen zu Theil  
werden zu lassen.

Minister Eisenlohr hält die Konfessionstheilung für Benützung  
der Wasserkräfte des Rheins bei Algenfelden durch den zuständigen  
Bezirksrath für ein erträgliches Ereignis. Das Kanalprojekt Mäunigen  
bis in die Gegend von Freiburg befinde sich noch im Stadium der  
Vorarbeiten. Die Frage der Abminderung stellt die Regierung vor  
eine schwierige Lage; er glaubt, daß der Zeitpunkt einer endgültigen  
Entscheidung noch in weiter Ferne liegt. Die Konferenz in Baden hat  
nicht die Bedeutung einer entscheidenden Beratung, sondern nur einer  
Vorberatung geholt. Nach Abschluß der Vorarbeiten wird zunächst  
die verfassungsmäßige Regulierung eines kleinen Theiles zu erfolgen haben.  
Dann erst werde die endgültige Entscheidung folgen. Wir können  
daher mit Verhütung dem weiteren Verlauf der Frage entgegen-  
sehen.

Der Regierungskommissar theilt bezüglich der Anfrage des  
Geh. Kommerzienraths Dillene über den Befähigungsnachweis für  
Schiffer mit, daß der großh. Regierung zwar der Befähigungsnachweis  
als unangenehm ergeht, daß aber die Einführung desselben noch  
nicht durchführbar ist. Immerhin ist man ihr näher gerückt. Außerdem  
steht die Angelegenheit vor der reichsgesetzlichen Regelung. Es  
sei auch die Spawerigkeit, die in dem internationalen Vergleich der  
Schiffahrt beruhe, nicht zu vergessen.

Geh. Hofrath Engler ist der festen Ueberzeugung, daß die Schiff-  
barmachung des Rheins in dem Umlange, wie er je im Auge hat,  
Mannheim nicht seines Charakters als Endpunkt der Schifffahrt be-  
zuden würde, da die größeren Schiffe nicht weiter vorwärts vordringen  
können. Seine Ansicht über die Notwendigkeit einer Schiffbarmachung  
des Rheins steht und fällt mit der Möglichkeit eines linksrheinischen  
Kanals. Er ist nicht ein absoluter Anhänger der Schiffbarmachung,  
sondern er sieht sie nur als eine Abwehrmaßregel gegen die Gefahr  
eines linksrheinischen Kanals an. Von Geh. Kommerzienrath  
Dillene vorgeschlagenen Vertrag zwischen Baden und Bayern betrachtet  
er unter dem Gesichtspunkt parlamentarischer Interessenpolitik, die wohl den  
wichtigsten nationalen Zielen und Aufgaben unserer Zeit nicht mehr  
für getragend und durchführbar erscheint.

Freiherr v. Macken regt eine Verbesserung der Katasterkarten an.  
Nach Schluß der Einzelberatungen wird das Budget des Mini-  
steriums des Innern nach dem Antrag der Kommission angenommen.  
Die nächste Sitzung findet Freitag, den 13. d. M. statt.

Karlsruhe, 7. April.

56. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Am Regierungstisch: Minister v. Brauer, Generaldirektor Eisen-  
lohr, Geh. Reg.-Rath Bittel und ein weiterer Regierungskommissar.

Präsident Gömmer eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Abg. Eglan (nat.-lib.) legt um Urlaub nach wegen Krankheit.

Von Zentrum sind folgende Anträge eingelaufen:

Die hiesige Kammer wolle folgendes Ergehen an die großh. Regierung  
richten:

1) Die in Artikel 103 und 104 des Gewerbegesetzes erwähnte durch  
§. 13 der Vollzugsverordnung hierzu vom 29. Dezember 1883 in der  
Gassung vom 9. März 1885 bezw. §. 7 der Verordnung vom 28. April  
1885 festgesetzte Tage für den Gewerbebetrieb im Umherziehen, sowie die in  
Art. 14 Schulgesetz §. 5 der letztgenannten Verordnung festgesetzte Tage für  
Wanderlager zu erwidern.

2) Eine wesentliche Vorzulegen, wonach die unter Titel 3 der Gewerbe-  
ordnung fallenden Gewerbetreibenden (Gewerbebetriebe im Umherziehen) auch  
entsprechend der Bestimmung Seiten der Gemeinden, in welchen sie ihre Ge-  
werbe im Umherziehen ausüben, unterworfen werden.

3) Dem Gesetzentwurf über die Wanderlager der Gewerbebetriebe  
für das deutsche Reich betreffend, das dessen Annahme Seiten des deutschen  
Reichstags bezw. dem dem Bundesrath vorliegenden diesbezüglichen Antrag  
Bayerns ihre Zustimmung zu geben.

Das Haus beginnt die Beratung des Berichtes des Abg. Hoffmann  
(nat.-lib.) über das Budget der Eisenbahnverwaltung.

Abg. Hug (Ztr.) beantragt, daß die von ihm und seinem Freund Nedner  
vor 2 Jahren gestellte Resolution betr. die unrentable strategische Bahn Rastatt-  
Niedswang vom Reichstag nicht angenommen wurde und bittet, daß die Regierung  
im Bundesrat dahin wirke, das das Prinzip anerkannt werde, daß in Zu-  
kunft das Reich unter Umständen auch zu den Betriebskosten beitrage.  
Nedner wünscht noch, daß die Regierung etwas für die Gemeinden der Bahn  
Heinrichsheim im Elsaß thue, da die Bahn viel sparer gekommen

sei, als veranschlagt. Endlich bittet der Nedner um eine Güterhalle in  
Heinrichsheim.

Minister v. Brauer: Er habe bereits früher in diesem Hause erklärt,  
daß wir bezüglich der strategischen Bahn vom Reich lokal behandelt worden  
sind und die von Reich bezahlte Summe der Mühseligkeit entspreche. Es wäre  
ja sehr erstreblich gewesen, wenn der Bundesrath auf eine Reichszinsgarantie  
im Sinne der Resolution eingegangen wäre. Wir hätten dann ein glänzendes  
Geschäft gemacht, da alle Vortheile der Bahn auf unserer Seite gewesen wä-  
ren, während das Reich nur belastet worden wäre. Dazu aber hätten Bundes-  
rath und Reichstag nie ihre Zustimmung gegeben. Die Resolution Nedner  
sind denn auch im Reichstage keine Unterstützung. Baden würde in analogen  
Fällen ebenso handeln. Wenn wir die Kosten für eine Bahn und eine Zins-  
garantie übernehmen, würden wir doch auch den maßgebenden Einfluß auf  
Tragen, Jüge u. s. f. verlangen und uns sichern. Deshalb könne er im Bun-  
desratte nicht in dem von Hug gewünschten Sinne wirken. Die beiden lokalen  
Wünsche Hug's werde die Regierung in wohlwollende Erwägung ziehen,  
doch könne eine weitere Entschädigung der Gemeinden der Bahn Heinenheim-  
im Elsaß Rhein, da eine abschließende Kostenberechnung noch nicht vorliegt, je-  
denfalls auf diesem Landtage nicht mehr erfolgen.

Abg. Muser (Demokr.) schließt sich Hug vollständig an. Die badische  
Botschaft sei ja nicht genehmigt, daß die Resolution Nedner abgelehnt wurde,  
weil man im Reichstage über die Zustimmung in Baden nicht unterrichtet war.  
Der Abg. Fischer habe in seinem Bericht über die Bahn Rastatt-Niedswang  
ausdrücklich gesagt, daß die Bahn erhebliche Nachteile für uns bringe und  
daß die Zustimmung zu dem bezüglichen Vertrag nur aus patriotischer Pflicht-  
erfüllung sich rechtfertige. Baden sei nicht lokal vom Reich behandelt worden.  
Nedner fragt, wie die Regierung zu dem Projekt einer Vollbahn von Offen-  
burg nach Straßburg sich stelle.

Abg. Fischer (nat.-lib.): Die heutige Diskussion sehe ihn in Erstaunen  
und er glaube, daß das auch im Lande so sein werde. Die Kommission habe  
seiner Zeit alle Verhältnisse auf's Genauesten geprüft und besonders auch  
die rechtliche Frage dem Reich gegenüber. Wenn wir damals so weise ge-  
wesen wären, wie der Abg. Muser heute ist, was wäre die Folge gewesen?  
Die Bahn, die eine absolute Nothwendigkeit war, wäre doch gebaut worden  
und alle Vortheile, insbesondere die für unsere eigenen Betriebe und unsere  
selbständige Verwaltung, wären uns verloren gegangen. Im Reichstage war  
nicht mehr zu erreichen, Norddeutsche Abgeordnete, besonders Hammacher,  
waren es, die für uns die Bedingungen für Baden sich verwendeten. Die Mil-  
lionen Verluste als Folge davon angenommen und mir haben keine Sicher-  
heit, daß ein solcher Verlust kommen wird. Es ist also durchaus nicht an  
Wage, urbi et orbi zu behaupten, daß wir einen dummen Streich gemacht  
haben. Zu Dien sind auch strategische Bahnen gebaut worden und unter un-  
günstigeren Bedingungen als bei uns. Wir haben eine patriotische Pflicht er-  
füllt, hat aber auch Herren im eigenen Lande gebietet.

Präsident Gömmer: Eine ausführliche retropektive Behandlung eines  
früheren Kammerbeschlusses führe zu weit ab von der Tagesordnung. Er  
bitte also die Abgg. Muser und Hug, bei ihren Erwiderungen sich kurz zu  
fassen.

Abg. Muser (Dem.): Wenn man die Sache hingesogen hätte, so hätte  
man, wenn man schließlich auch doch hätte Ja und Amen sagen müssen, das  
Bewußtsein gehabt, Alles versucht zu haben. Nedner glaubt nicht, daß bei  
einem weiteren Entgegenkommen des Reichs das letztere in unsere Verwaltung  
sich einzumischen ein Recht gehabt hätte.

Abg. Hug: Er habe selbst vor 2 Jahren für das Uebereinkommen ge-  
stimmt und wolle nur für die Zukunft, daß das Prinzip aufgestellt werde,  
daß das Reich auch unter Umständen zum Betrieb beizutragen habe.

Abg. Hoffmann bemerkt in seinem Schlußwort, daß gegen höhere Zu-  
sätze Niemand in diesem Hause etwas habe. Die Frage sei nur, ob man sie  
bestimme. Was aber die Zinsgarantie betreffe, so werde Niemand eine solche  
Übernahme ohne gewisse Rechte. Man werde Niemand freie Hand in allen  
Ausgaben u. s. f. lassen und dafür das Risiko übernehmen. Im vor-  
liegenden Falle sei die Selbständigkeit unserer Eisenbahnpolitik das Höhere  
und Richtiger.

Abg. Pfeifferle (nat.-lib.): Der Kilometer Gelände auf der Bahn Neber-  
lingen-Strasbourg komme auf 36,000 Mk., bei der Kaiserstuhlbahn, wo das  
Gelände ebenso werthvoll sei, komme er auf 9,000 Mk. Er wünscht eine Aus-  
sprache hierüber. Nedner hat sich sehr gefreut, daß der Minister Hug's Willen  
entgegenkommen wolle und hoffe, daß er auch auf die Mehrkosten der  
Kaiserstuhlbahn die gleichen Grundzüge anwenden werde.

Abg. Lohr: Von Neberlingen werden große Opfer verlangt, 120,000 Mk.  
Das macht auf den Kopf der Einwohnerzahl 30,000 Mk. (Stürmische Heiterkeit).  
30 Mk. hätte man nicht gleich beschließen, nach Neberlingen zu  
bauen, so hätte man ein weiteres Schiff einstellen müssen.

Abg. Straub (nat.-lib.): Die beteiligten Gemeinden im Bezirk Stodach  
leisten so viel, als sie nur können. Wenn es sich um finanzielle Leistungen  
handelt, so komme nicht die Kilometerzahl, sondern die Bevölkerungszahl in  
Betracht. 6840 Seelen in 6 Gemeinden (ohne Radolfzell) zahlen 146,000 Mk.  
— auf den Kopf 21 Mk. An der Kaiserstuhlbahn sind 17 Gemeinden mit  
400,000 M. beteiligt, der Kopf mit 19 Mk. Der Abg. Pfeifferle habe also  
tendenziös zur Verurtheilung.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird die Forderung für die  
Bahn Neberlingen-Strasbourg genehmigt.

Abg. Köpfer (Zentr.) wendet sich dagegen, daß die Budgetkommission die  
25,000 Mk. für die Fortsetzung der Hohenalpbahn, in erster Linie für die  
Fortsetzung über Köpfer verwendet sehen will. Dann solle man lieber  
gleich nach Köpfer bauen, um die 25,000 Mk. zu sparen. Nedner wolle aber  
eine genaue Untersuchung der beiden in Betracht kommenden Linien. Schließ-  
lich polemisiert Nedner gegen den Abg. Fischer, dessen Äußerung von der „Ge-  
gend, in der sich Büchse und Haken gute Nacht sagen“, böses Blut gemacht  
habe. Nedner habe sogar Briefe aus dem Bezirk Donaueschingen erhalten, die  
sauerfällig über den Abg. Fischer verfallen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Ge-  
gend sei nicht so, „daß in ihr nur Gras, Haken und Büchse sich auf-  
halten.“ (Große Heiterkeit.)

Abg. Fischer (nat.-lib.): Der Beschluß der Budgetkommission zu Gunsten  
der Köpfer Linie sei nur die einfache Folge des Beschlusses der Kammer,  
welche der Regierung die Rektion von Reinstadt empfohlen, die Rektion von  
Kammerbach nur zur Kenntlichmachung überwiegen hat. Die Art und Weise  
Köpfers könne er nicht ruhig hinnehmen. Es sei ihm nie eingefallen, irgend  
einem Orte im Schwarzwald zu nahe zu treten. Er habe nur einen Späen-  
punkt gemeint, wo weder Menschen noch Gewerbe sind. Darauf habe sich keine  
Kammer bezogen. Das Mißverständnis müsse absichtlich oder zufällig in die  
Sache hineingetragen worden sein und er müsse den Abg. Köpfer bitten, wenn  
im Schwarzwald so von ihm gesprochen werde, daß er ihn in Schutz dagegen  
nehme. (Heiterkeit.) Abg. Köpfer: Ist schon gesprochen.

Abg. Fischer (Zentr.) wendet sich gegen einige Bemerkungen des Abg.  
Köpfer.

Abg. Grüniger (Zentr.): Köpfer habe noch nie eine Bahn ge-  
wollt, nur Freiburg wolle sie. Viele Herren im Hause wären für Kammer-  
bach, wenn sie nicht das Jahrbuch für die Rektion (Sehr richtig!) Mit einem  
kleinen Umlage könne aber die Kammerbach Linie wohl gebaut werden.  
Aber den Abg. Fischer betreffe, so habe er, als dessen Äußerung von den  
Fächern und Haken kritisiert wurde, denselben lebhaft verteidigt und gesagt:  
Der Herr ist alt (Heiterkeit), er spricht sehr viel (Welscher) und deshalb  
darf man nicht Alles, was er sagt, als boare Münze nehmen. (Spalendes  
Gelächter.) Er hat mit so vielem Anderen den Sinn für Schönheit verloren.  
(Gelächter.)

Präsident Gömmer: Die Diskussion habe in vielen Punkten  
lediglich Wiederholungen aus früheren Debatten  
gebracht. Die Aussprüche des Abg. Grüniger halte er für nicht haltbar.  
Es sei verlegend, einem Abgeordneten zu sagen, ihm sei der Sinn für das  
Schöne abhanden gekommen. Er glaube auch, daß diese Äußerungen nicht  
im Verhältnis zu dem fänden, was Gegenstand der Verhandlung war.

Abg. Krieche (nat.-lib.): Die Kommission sage nicht, daß die Kammer-  
bach Linie nicht untersucht werden solle. Und wie er gehört, habe die  
Regierung auch erklärt, daß die 25,000 Mk. nicht nur für die Unternehmung  
der Linie Kammerbach ausreichen, sondern auch für Erhebungen über  
eine Linie Reinstadt-Bonndorf. Er habe auch dem Krankenstand mit großer  
Freude die Kunde vernommen, daß die Bahn, für die er seit Jahren eintrete,  
Auskunft auf Verwirklichung gäbe. Er bitte die Regierung, auf ihrem Stand-  
punkt zu bleiben und hoffe, daß sie das Richtige treffen werde.

Abg. Franck (nat.-lib.) fragt den Abg. Fischer, wie es mit dem feinerzeit  
von ihm behaupteten Fußpaß der Stadt Freiburg von 1 Million stehe.

Abg. Fischer (nat.-lib.): Gräninger habe ihn heute recht sehr an die Zeit seiner Tätigkeit in Billingen erinnert. Er habe heute auch gemerkt, daß der Herr in Billingen daher rühre, daß man ihn für die Einmündung der Brauereien in Donaueschingen verantwortlich mache. Er kenne diese Brauerei, unter der Biene freundlicher Biederkeit einem Grobheiten zu sagen und wisse, daß dahinter nichts als Gift und Galle stehe. So plump, so unbehalt wie heute sei ihm aber noch nichts vorgekommen. Die Ausfälle Gräningers seien geradezu unerhört. Wie könne Gräninger sich herausnehmen, ihn, Redner, als einen gebrechlichen, schwachen Mann hinzustellen? Das sei so hart, daß er fast zweifle, ob Gräninger das bei vollem Bewußtsein gethan habe. Er verbitte sich Derartigtes allen Ernstes. Wegen dieser Art, einem Abgeordneten Sottisen zu sagen, wisse er sich zu wehren und solle Gräninger sich Derartigtes noch einmal herausnehmen, so werde er selbst einen Ordnungsruf des Präsidenten nicht scheuen, um einem unbehilflichen Schwarzwälder in der Weise heimzuleuchten, wie es sich gehöre, nach dem Worte, wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder.

Präsident Schneider: Die Bemerkungen des Abg. Fischer über den etwaigen Ordnungsruf und den unbehilflichen Schwarzwälder seien unstatthaft. Er müsse aber sagen, daß die Ausfälle des Abg. Gräninger um so unangenehmer waren, als der Abg. Fischer zuvor seine Resignation von den Büchsen und Hosen genau belaudet hatte.

Abg. Gräninger (Ztr.): Es sei ihm unangenehm, wenn er Fischer beleidigt habe. Eine solche Absicht habe ihm fern gelegen.

Abg. Fischer (Ztr.): Verweist Franz mit seiner Anfrage an die Regierung. Nach einem Entschluß des Berichterstatters wird die Position bewilligt, ebenso die Position für die Fortsetzung der Bahn von Ueberlingen nach Reutlingen.

Abg. Schweinfurth (nat.-lib.): Das Geleise und die Zufahrtstraße in Sinsheim seien im Herbst anzuheben. Auch wünscht Redner die Eröffnung einer einfachen Stichbahn.

Abg. Dreßbach: Nach dem neuen Projekt für die Straßenüberführung nach dem Lindenhofadltheil in Mannheim werde eine Ueberführung notwendig. Die Regierung sollte für letztere einen Beitrag der Stadt nicht verlangen.

Generaldirektor Eichenlohr: Es handle sich um keinen nennenswerten Beitrag. Eine Mehrbelastung der Stadt erfolge daraus nicht. Die weiteren Positionen werden unverändert angenommen. Nächste Sitzung: Montag Vormittag 11 1/2 Uhr.

### Deutsches Reich.

Berlin, 5. April. Die konservative Partei des Reichstages wird sich in den nächsten Tagen mit einem Antrag auf Monopolisierung des Handels mit ausländischem Getreide beschäftigen, den Graf Kanitz stellen wird. Auch ein Antrag auf Einführung des Rohspiritusmonopols wird, lt. Frl. Bg., erwogen.

Berlin, 5. April. In den hiesigen N. N. bescheinigt der Redakteur des Kladderadatsch, Herr Polstorff, daß Graf Guido Henckell-Donnersmarck, der ihm persönlich unbekannt ist, in gar keinen Beziehungen zu den Angriffen des Kladderadatsch gegen Beamte des auswärtigen Amtes stehe. Im Anschluß daran erklärt der Chefredakteur der Neuesten Nachrichten, daß die Redaktion von Niemand, auch nicht von Mitgliedern des Aufsichtsraths Besigungen entgegenzunehmen hat, sondern allein die volle Verantwortung für den Inhalt der Zeitung trägt, und daß ein Mitglied des Aufsichtsraths, Graf Spendel, sie in den letzten 14 Tagen mehrfach ersucht hat, aus persönlicher Rücksicht gegen ihn jede Anklage gegen Mitglieder des auswärtigen Amtes sorgsam zu vermeiden. Zum Verständnis dieser Erklärung bemerken wir, daß Graf Guido Henckell als ein persönlicher Freund und Verehrer des Fürsten Bismarck bekannt ist, und daß in seinen Salons am Pariser Platz, wo er eine vornehme Gesellschaft pflegt, die Mitglieder der hohen Aristokratie und der Hofgesellschaft und darunter die bekannten Verehrer des ehemaligen Reichskanzlers verkehren.

### Rußland.

St. Petersburg, 6. April. Nach verschiedenen Blättern wurde in einer hier stattfindenden Konferenz von Vertretern russischer und ausländischer Eisenbahnen, welche miteinander in direktem Verkehr stehen, dahin erkannt, daß sie für alle Güter, welche nicht ausschließlich im Auslande, sondern auch in russischen Häfen und in den Grenzmarken erzeugt werden, die Tarife bei dem Transport aus den Häfen und von der Grenze in das Innere des Reiches den entsprechenden allgemeinen Tarifen für die gleichen binnennurischen Erzeugnisse durchaus gleichstellen haben. Die Tarife für reine Importgüter, d. h. für solche, die in Rußland nicht erzeugt werden, sollen aber niedriger berechnet werden, als die Sätze des allgemeinen russischen Tarifs. Anzuerkennen versprechen die Vertreter der ausländischen Bahnen, im direkten Verkehr Ermäßigungen für russische Güter einzuräumen.

### Baden.

Karlsruhe, 7. April. S. K. H. Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig, ist heute Vorm. 11 Uhr 20 Min. von Baden nach Dresden hier durchgereist. — V. M. der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern, die Prinzessin Feodora von Hohenzollern und der Erbprinz von Leiningen sind heute Nachmittag 2 Uhr 45 Min. von Stuttgart hier angekommen, am Hauptbahnhof von St. K. H. dem Großherzog und der Erbgroßherzogin empfangen und in das großh. Residenzschloß geleitet worden. — S. K. H. die Erbprinzessin ist heute Abend 8 Uhr 30 Min. nach Freiburg zurückgekehrt.

Karlsruhe, 7. April. Heute Nachmittag 4 Uhr trafen Befehls Delegationen an der am Montag, den 9. April, im Saale der Vier Jahreszeiten stattfindenden (alt-)katholischen badischen Landesversammlung Herr Bischof Dr. Reinens und Herr Generalvikar Professor Dr. Weber hier ein und wurden von den Mitgliedern des (alt-)katholischen Kirchenverbandes empfangen und zum Hotel Erbprinzen geleitet. Beide Herren werden dem am Sonntag Abend im kleinen Saale der Festhalle stattfindenden Banquet beizuwohnen. Bei dem morgigen Gottesdienst in der kleinen Kirche wird der Herr Generalvikar die Predigt halten. Außer den Mitgliedern der hiesigen (alt-)katholischen Gemeinde beteiligten sich am Banquet die Geistlichen und Abgeordneten der (alt-)katholischen Gemeinden Badens. Wie uns mitgeteilt wird, hat der (alt-)katholische badische Landesausschuß beschlossen, die Landesversammlung fortan stets in Karlsruhe abzuhalten.

Karlsruhe, 7. April. (Handelsvertrag mit Portugal.) Zeitungsberichten zu Folge wird der Abschluß eines Handelsvertrags mit Portugal angestrebt. Im Hinblick hierauf empfiehlt es sich, daß etwaige Interessenten ihre bezüglichen Wünsche mit thunlichster Beschleunigung möglichst eingehend begründet der Handelskammer unterbreiten.

Karlsruhe, 7. April. (Waarenverpackung.) Im Verkehr mit dem Auslande wird vielfach immer noch so wenig beachtet, welcher Werth in der Regel von den Empfängern der Waaren auf die Art und Weise der Verpackung der letzteren gelegt wird. Bei der großen Wichtigkeit, welche dieser Frage zukommt, möge deshalb hier darauf hingewiesen werden, daß Interessenten nähere bezügliche Informationen bei der Handelskammer einholen können.

Mannheim, 7. April. Der Mannheimer Journalisten- und Schriftstellerverein veranstaltet am kommenden Dienstag, Abends 8 Uhr, im kleinen Saale des großh. Hoftheaters einen Vortragabend, an welchem das Vereinsmitglied, Herr Hoftheater-Intendant A. Kraß, das neulich in Meinungen oftmals aufgeführte Schauspiel „Rabbi David“ im Auszug recitieren wird. Der beabsichtigte Vortrag hat sich, wie wir aus mehreren uns vorliegenden Schreiben desselben erfahren, in erster Linie an den Leiter unserer Hofbühne ge-

wandt mit dem Erjuden, den „Rabbi David“ in Mannheim zur Aufführung zu bringen. Da sich der Verwirklichung dieses Planes, den Herr Kraß mit dem größten Entgegenkommen ergriffen hat, vor der Hand noch Hemmnisse entgegenstellen, nimmt der hiesige Journalisten-Verein, der u. A. auch die Einführung solcher schriftstellerischer Erzeugnisse, die aus irgend einem Grunde der Belanntmachung für das große Publikum vorenthalten werden, als seine Aufgabe erblickt, Gelegenheit, seinen Mitgliedern mit ihren Damen, sowie besonders eingeladenen Personen die Belanntmachung mit dem „Rabbi David“ zu vermitteln.

Ettlingen, 7. April. Die Firma Leng und Komp. in Ettlingen hat sich, lt. Sch. Merk., bereit erklärt, die Altbahn Karlsruhe-Herrnalsb auszuführen unter folgenden Bedingungen: 1) Uentgeltliche Stellung des Geländes; 2) Zuschuß von 20,000 M für den Kilometer à fond perdu; 3) unentgeltlicher Uebergang der bestehenden Ettlinger Zweigbahn in den Besitz der Firma; 4) Einräumung der gleichen Expeditioensbedingungen, Seitens der Staatsbahn, wie sie andere Lokalbahnen genießen.

Forzheim, 7. April. In dem gestern der zweiten badischen Kammer zugegangenen Nachtrag zum Budget der Eisenbahnverwaltung ist die Summe von 145,000 M. als Nachtrag für den Umbau des Forzheimer Bahnhofes angefordert.

Baden, 5. April. In der heutigen Kreisversammlung kam es auch bezüglich der Beitragsleistung zu den Kosten der Lokalbahn Bahl-Bühlertal Seitens des Kreisverbandes zu einer längeren Besprechung, aus der man wohl die Ueberzeugung gewinnen dürfte, daß es nicht von vornherein Aufgabe des Kreises ist, derartige, einem ganz bestimmten Lokalinteresse dienende Unternehmen mit größeren Kreismitteln zu unterstützen. Der Gegenstand stand außerhalb der Tagesordnung und so konnte es nur zu einer vorläufigen Stellungnahme für die nächstjährige Kreisversammlung kommen, wonach der Kreis im Falle des Zustandekommens der projektirten Lokalbahn Bahl-Bühlertal einen angemessenen Beitrag, dessen Höhe nach dem Gutachten des Kreis-ausschusses durch die nächstjährige Kreisversammlung festgesetzt werden soll, zu leisten hat.

Todtnau, 6. April. Gestern Abend fand im Gasthaus zum „Ochsen“ die Jahresversammlung des hiesigen Verschönerungsvereins statt. Der Vorsitzende, Postverwalter Ehrhardt, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, indem er besonders dreier Herren dankend gedachte, die dem Verein mit größeren Spenden beigetragen hätten. Der Vorsitzende erwähnte ferner, daß es bei den beschränkten Mitteln der Kaffe nicht möglich war, die beabsichtigte Baumallee vom Bahnhof zum Schützenhaus anzulegen, dagegen sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, die bengalische Beleuchtung des Wasserfalls, die im vorwärtigen Jahre allgemein gefallen hat, in diesem Jahre zu wiederholen. Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten und der Jahresbericht verlesen. Aus diesem ist zu entnehmen, daß der Verschönerungsverein rund 386 M. Einnahmen gegenüber 325 M. Ausgaben hatte. An Arbeiten sind hervorzuheben: 1) Herstellung eines Verbindungsweges zwischen dem Ausweg und der Feldbergstraße. 2) Ausführung einer Stützmauer beim Eingang zur Hebelhöhe und Aufstellung eines Schutzbaches auf dem freien Plage; 3) Verlegung der Straße dorthin und Andringung von Sitzbänken. 4) Anpflanzung eines freien Geländes an der Hofseitanlage mit Kiefern. Für das laufende Jahr sind in Aussicht genommen: 1) Fortsetzung des Fußweges von der Hebelhöhe über die „Gögen-Bütte“ zur Randermaut und 2) sofern die Mittel der Kaffe ausreichen, Setzen von Zierbäumen beim Bahnhof. Nachdem die Vorstandsmitglieder, Postverwalter Ehrhardt als Vorsitzender, Redakteur Wetter als Schriftführer und Gohrlich Fuller als Kassier einstimmig wiedergewählt worden waren, war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsch: es möge der Verschönerungsverein wachsen, blühen und gedeihen, und es mögen dem gemeinnützigen Unternehmen immer mehr Freunde und Gönner zugeführt werden zum Heile Todtnaus und seiner prächtigen Umgebung.

Ripburg (Amt Müllheim), 7. April. Bei der gestern Abend hier selbst vorgenommenen zweiten Bürgermeisterwahltagfahrt wurde Gemeinderath Karl Brecht mit 21 von 32 gültig abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Schwetzingen, 6. April. In Schwetzingen ist wieder einmal die Typhuskrankheit ausgebrochen, was offenbar mit den eigenartigen Wasserungsverhältnissen dieser Gemeinde zusammenhängen dürfte. Das Trinkwasser, bezw. die Speisung der Brunnen wird aus dem Ort durchfließenden Klemmbach entnommen, in welchen ohne Zweifel Abfälle verschiedener Art gelangen und die schimmige Kränze erzeugen.

Nordhorn, 6. April. Der schon so lange Zeit anhaltende Nordostwind hat den Trieb der Bäume und Heben bis jetzt noch wesentlich zurückgehalten, so daß die Nachfröste einen Schaden nicht anrichten konnten. Dieser Nordostwind hat aber auch den Boden sehr ausgetrocknet; ein baldiger warmer Regen wäre dem Landwirthe um so mehr willkommen, als mancher mit Schnitzholz darnach trachtet, recht bald Futter für das Vieh holen zu können.

Baden, 7. April. Der Verein zum Schutz und Förderung von Handel und Gewerbe Donaueschingen Baden, welcher bisher nur Kaufleute zu seinen Mitgliedern zählte, hielt gestern im Gasthof zum Schützen in Donaueschingen eine Versammlung ab, bei welcher sich auf vorausgegangene Einladung sehr viele Gewerbetreibende einfanden. Mit großem Interesse nahmen die Anwesenden die Vorträge der Berichterstatter, welche sich über das Kleinhandel und das Kleinvertrieb nach und nach zum Verfall bringende Großkapital vertrieben, und welche das nicht nur den Kaufmann, sondern auch das laienliche Publikum schädigende und belästigende Hausiren und Detailreisen eingehend beleuchteten, entgegen und erklärten sich zum großen Theile zum Beitritt in den Verein. Es ist geradezu empörend, wie sich hier zu Lande die Hausirer und Detailreisenden von Jahr zu Jahr vermehren. Bis herunter zum Hundelsträmer, der seine Waare am Arme oberhalb dem Hüden mit sich schleppt, kommen die Hausirer zu Hunderten und alle erdenklichen Artikel werden da angeboten und aufgedrängt, wobei Lug und Trug nicht selten eine Rolle spielen. Möge die Vereinigung von Handel und Gewerbetreibenden auch andermorts im Lande Nachahmung finden, damit durch geschlossenes Vorgehen dazu beigetragen werden kann, daß durch die Verhinderung recht bald wieder erträglichere Zustände in dieser Richtung geschaffen werden.

Baden, 8. April. Die Witwe Würd in Mannheim im fürzte die Treppe hinab, was die bejahrte Hausfalterin, die Begün des Vorfalles war, so erschreckte, daß sie einen Schlaganfall bekam, dem sie sofort erlag.

### Die Herstellung einer Seitenbahn von Bahl nach Bülertal

wird von den dort ansässigen Industriellen seit Jahren als ein dringendes Bedürfnis gefühlt. Die Industriellen haben schon im Jahre 1886 ein Projekt für eine normalspurige Seitenbahn fertigen lassen und auf Grund dieser Bearbeitungen später bei der Regierung und den Ständen um eine Unterstüzung des Staates nachgesucht. Von den Ständen ist das Gesuch in der letzten Sitzung mit Wohlwollen behandelt und die Erstellung einer Bahn nach Bülertal als empfehlenswert bezeichnet worden; eine bestimmtere Stellung konnte aber dazu nicht angenommen werden, weil es noch an genaueren Berechnungen, an einem genügenden Nachweis über die Finanzirung, sowie an einem Betriebsunternehmer fehlte. Inzwischen haben die Interessenten mit Unternehmern Verhandlungen gepflogen, und es sind ihnen mehrere Angebote gemacht worden, unter denen das von der Firma Sonderop gestellte als das vortheilhafteste erscheint. Diese Firma erklärt sich bereit, den Bau und Betrieb der Bahn auf eigene Rechnung zu übernehmen, wenn ihr außer der freien Stellung des Geländes gegen Herabgabe von 100,000 M. in Stammaktien ein barer Zuschuß à fond perdu von 230,000 M. gewährt wird. Außerdem wird für den durchgehenden Verkehr die Ueberlassung der auf die Station Bahl entfallenden Uebertragungsgebühren an die Seitenbahn beantragt und ferner ausgedrückt, daß dem Unternehmer das Recht zustehe, auf der Seitenlinie im Güterverkehr

die doppelten Streckensätze der Staatsbahn zu erheben, bis das Aktienkapital eine 6prozentige Verzinsung erhält. Die Interessenten stellen nun das Ansuchen, es möge an dem verlangten unentgeltlichen Zuschuß von 230,000 M. der Staat die Summe von 160,000 M. übernehmen; das weitere soll gedeckt werden durch einen bereits zugesicherten Betrag der Gemeinde Bülertal von 30,000 M. und durch noch zu erwartende Beiträge der Gemeinde Altschweier, des Kreises Baden und der Privatinteressenten. Letztere sind auch gewillt, das Gelände gegen Ueberlassung von Stammaktien im Nominalwerth von 100,000 M. auf ihre Rechnung zu erwerben und dem Unternehmer zur Verfügung zu stellen. Was die technischen Verhältnisse der Bahn betrifft, so erscheint die Wahl der normalen Spurweite schon in Rücksicht darauf, daß der zu erwartende Güterverkehr in überwiegender Weise aus Holztransporten (worunter die Hälfte Raugholztransporte) besteht, als durchaus gerechtfertigt. Die Bahn zweigt von der südlichen Seite des Bahnhofes Bahl ab, wendet sich in einem Bogen um die Stadt Bahl in nördlicher Richtung nach dem Eingang des Bülertals, zieht von hier, im Wesentlichen die bestehende Straße verfolgend, durch die Orte Altschweier und Bülertal und endigt im Dertthal. Die Länge beträgt 6 Kilom. Bei dem starken Höhengefälle des Thales sind die Steigungsverhältnisse der Bahn sehr ungünstig. Es werden Steigungen auf längere Strecken von über 3 Proz. erforderlich, wodurch der Betrieb sehr erschwert und verteuert wird. In Folge dieser Terrainverhältnisse sind auch die Baukosten verhältnismäßig hoch. Sie werden mit Einschluß des Grunderwerbs und des Betriebmaterials auf 650,000 M., d. h. für das Kilometer auf 108,333 M. veranschlagt. Eine Prüfung hat ergeben, daß diese Berechnung nicht zu hoch gegriffen erscheint. Bei Nebenbahnen von ähnlicher Beschaffenheit und Ausdehnung, wie z. B. bei der Waldkircher und Schopheim-Jeller Bahn ist das Kilom. auf 111,000 bezw. 122,700 M. zu setzen gekommen. Ein staatlicher Zuschuß gibt auf das Kilom. Bahnlänge 26,666 Mark. Wenn hierbei der bisher übliche kilometrische Höchstbetrag von 20,000 M. überschritten wird, so rechtfertigt sich dies durch die außergewöhnliche Höhe der Baukosten. In Prozenten dieser Kosten ausgedrückt ist er nämlich nicht höher, sondern niedriger als bei anderen Lokalbahnen; denn der Staatsbeitrag beträgt bei der Ettlinger Bahn 30 Proz., bei der Krojinger-Sulzburger Bahn 28 Proz., der Haltungen-Randerer Bahn 35 Proz., der Bruchsal-Odenheim-Wenzinger Bahn 28 Proz. der Gesamtsumme, hier aber nur 24 Proz. dieser Kosten. Die Regierung glaubt daher die Bewilligung des erbetenen Zuschusses von 160,000 Mk. bei den Ständen vorschlagen zu sollen.

### Nachträgliches zu dem Brandunglück in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 6. April.

Allen Anschein nach bleibt eine große Jahrlässigkeitsschuld an dem Portier Trund hängen. Als man letzteren im Spital vernehmen wollte, fräute er sich ganz gewaltig und verweigerte den Beamten jede Aussage. Erst am zweiten Tage glückte es dem entscheidenden Juristen des Staatsanwalts, etwas aus dem Mann herauszubekommen. Er stellte sich, wie man zu sagen pflegt, einfach dumm und behauptet, seine Erdkammer, die er jedenfalls beim Schlafengehen aus Versehen habe brennen lassen, müsse explodirt sein, denn als er erwacht sei, habe sein Zimmer gebrannt. Auffallend ist, daß Trund, nachdem er das Feuer wahrgenommen haben will, zunächst seinen Koffer, seine Kleidungsstücke und sein Bettzeug nach dem vorderen Theile des Hausflurs trug und nicht sogleich sein Zentralläutwerk, vermittelst welchem man sämtliche Hausbewohner werden konnte, in Thätigkeit gesetzt hat. Beinahe behauptete Trund den Hausbewohnern gegenüber, er habe in der Manstade geschlafen. Diese Behauptung hat die Untersuchung als eine falsche erkannt. Es ruht die ganze Verantwortung vorläufig auf Trund. Man nimmt bei dem Ganzen Jahrlässigkeit an. Möglicherweise entstand das Feuer auf folgende Weise: Trund legte sich zu Bette in seiner Zelle, stellte vor sein Bett auf den noch im Raum befindlichen Stuhl eine Lampe, schloß dann ein und warf im Schlaf die Lampe um. Ein Blick in die Zelle genügt, um zu beweisen, daß die Gefahr für den angestrichenen Menschen gar nicht so groß gewesen sein kann, denn die Zelle ist nur an dem der Thüre zunächst gelegenen Theile angebrannt. Ein Wetterverstoß, hinter dem die Erdtrichterlampen aufgestellt sind, ist völlig unvorsetzt und die Kämpchen stehen tadellos an ihrem Plage. Auffallend ist nun, daß man von der angeblich explodirten Lampe auch bis jetzt noch nicht ein Stück auffinden konnte, ebenso sind keine Spuren von Erdölbrand zu bemerken. Eine Gasexplosion kann nicht angenommen werden, denn im Herd des Feuers bestand sich gar kein Gasstrang. Das Treppenhaus wurde allabendlich durch den Portier Trund vermittelst jener bereits erwähnten Erdölampfen erhellt. Nach 10 Uhr pflegte Trund die Kämpchen einzufammeln und in jenem Wetterverstoß zu bergen. Nur die eine Lampe des ersten Stockes brannte gewöhnlich länger und zwar auf Wunsch des Hausherrn, der dieselbe beim Nachhausekommen mit in seinen Koffer zu nehmen und dort zu löschen pflegte. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch auch nach anderer Richtung Ermittlungen angestellt. So z. B. war es bekannt, daß am Tage vor der Katastrophe im Haus große Käse war und daß deshalb die Wäscherin Minna Widyard aus Wild in Hause übernachtete.

Heute Vormittag wurde nochmals eine ganz genaue Durchsüchung der Unglücksstelle vorgenommen und soll hauptsächlich nach Theilen jener angeblich explodirten oder umgefallenen Lampe gesucht werden. Eine Jahrlässigkeit trifft Trund unter allen Umständen schon aus dem Grunde, daß er verstaumt, das elektrische Läutwerk durch einen Druck in Thätigkeit zu setzen. Hätte er nur einen Druck auf den Knopf ausgeübt, so hätten sich die Bewohner der oberen Stockwerke höchst wahrscheinlich noch unversehrt in den ersten Stock oder in Stockwerke retten können, wo Balkone vorhanden sind. Wenn es sich bestätigt, daß der Wäscher, der kurz nach 4 Uhr im Hause gewesen sein will, in der Zelle des Portiers Licht gesehen hat, dann herrscht wohl gar kein Zweifel mehr, daß hier der Ausgangspunkt des Feuers zu suchen ist.

Der Gesamtbeschaden einschließlich Mobiliar u. c. wurde heute von Versicherungsbeamten auf rund 820,000 M. geschätzt. Am schlimmsten ist die Familie Ehrhardt daran, denn diese erst seit vier Wochen verheiratete Ehepaar war noch nicht versichert. Die Möbel wurden erst vor wenigen Wochen für 15,000 M. gekauft. Ferner ist zu melden, daß das Vorhandensein des Lichts die Schnelligkeit erklärt, mit welcher die Flammen den Weg nach oben suchten. Unverantwortlich ist, daß die Thüren des Aufzugsdaches nicht mit Blech überzogen waren. Die Staatsanwaltschaft hat auch bis heute Mittag Zimmer einer angeblich explodirten oder umgeworfenen Lampe in der Zelle des Portiers nicht finden können. (Frl. Ven. Anz.)

### Rechtspflege.

Karlsruhe, 7. April. (Strafkammer II.) In heutiger öffentlicher Verurteilung kamen nachstehende Straftathen zur Beurteilung: 1) Jakob Wilhelm Schinger, 23 Jahre alter Knabe von Bretten, noch nicht bestraft, wird wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu einer Gesamtstrafe von 7 Wochen verurteilt. 2) Goldarbeiter Theodor Augustin von Ruchbaum, in Dettlingen wohnhaft, arbeitete seit etwa 13 Jahren als Schließmischer im Geschäft des Bijouteriers Augustin Schöfer in Forzheim. In den letzten zwei Jahren hatte A. einen nicht unbeträchtlichen Werth an Gold und Silber dem Geschäfte Schöfer entzogen. Den Hauptvorwurf an diesen Veruntreuungen des dem Trunk ergebenen Goldarbeiters Augustin machte der in Forzheim wohnhafte Goldwaarenhändler Gebhard Bach. Bach fabricirt nicht mehr, betreibt aber in Forzheim einen ziemlich lukrativen Handel mit Goldwaaren, so hat er in den letzten 6 Jahren für etwa 50,000 M. allein Goldplanden an Scheideanstalten verkauft und ist zu nicht unbedeutendem Vermögen gekommen. Bach behauptet, die Waaren theils auf Versteigerungen, oft von unbekanntem Personen, jedenfalls stets auf rechtlicher Wege erworben zu haben. Die Zeugen, die ihn direct bezeugen, bezeugen er ist ihm feindlich gesinnt, den Augustin kennt er überhaupt nicht. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Augustin wegen Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis, den Bach wegen gemeinschaftlicher Hehlerei zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und zur Stellung unter Polizeiaufsicht. 3) Der 18 Jahre alte Tagelöhner Ludwig Wagner von Reutenberg ist der mehrfachen Fälschung von Privaturlunden, des Betrugs und der Ueberschlagung angeklagt. Angeklagter, wegen Anterisloguna verurteilt, wurde zu einer Ge-



